

Vorwort zu

Sebastian Hennig: PEGIDA – Spaziergänge über den Horizont. Arnshaugk, 2015.

Es ist nicht zu leugnen: die Mehrheit der Pegida-Demonstranten sind Menschen, die bereits im Herbst 1989 auf den Straßen waren. Dennoch war 1989 eine andere Geschichte. Der Aufbruch der *Pegida* von 2014/15 ist nicht die Fortsetzung der Revolution von 1989/90. Aber es gibt Parallelen; bei näherer Betrachtung sogar erstaunlich viele Parallelen: Es haben sich Probleme angestaut, deren ganze Dimension mit den Sprachregelungen des herrschenden politischen Systems nicht ausgesprochen werden kann. Diejenigen, die als erste die offenen Fragen in einer eigenen, volksnahen Sprache öffentlich zu artikulieren suchten, wurden von einer gleichgeschalteten – oder sich so gebenden – Presse als Nazis diffamiert. Die bornierte Reaktion der Medien hat die Proteste angestachelt und somit als Mobilisierungsfaktor gewirkt. Und die Rede vom „Naziaufmarsch“ ist auch heute ein Ausdruck der Hilflosigkeit der politischen Verantwortungsträger, deren eingeschliffene Denkmuster angemessene Antworten auf die neue Wirklichkeit weder kennen noch zulassen. Der erste Satz des ersten Aufrufs des *Neuen Forum* vom September 1989 hat heute wieder eine erstaunliche Aktualität: „In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört.“

Doch eines ist heute völlig anders: Das gewissermaßen „alte Denken“ der politischen Klasse hat einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. „Wer nicht links ist, ist ein Nazi.“ Dieser absurden Logik wird heute kaum noch etwas entgegen gestellt. Da hat sich über die Jahre ein schiefes Feindbild verfestigt, das mehr und mehr das Stimmungsbild der öffentlichen Meinung prägt. Jedenfalls sah sich die Bewegung der Pegida einer empörten Menge gegenüber, die in der Enttabuisierung der Asylproblematik bereits die Anfänge einer neuen Nazi-Herrschaft zu erkennen glaubte. Anders als 1989 zeigte sich nun eine politische Spaltung der Bevölkerung auf den Straßen. Der Riss ging mitten durch Familien, Belegschaften und sogar Freundeskreise. Viele der Dresdner Pegida-„Spaziergänger“ wussten darum, dass zur selben Zeit ihre Kinder, ihre Kollegen oder ihre Bekannten auf der linken Gegen-Demo mitliefen. Nur einer erinnerte sich in dieser Situation an die Lehre der *Friedlichen Revolution* von 1989 und wagte den Versuch, einen öffentlichen Dialog zwischen den Lagern zu organisieren: Frank Richter, der Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, hatte im Herbst 1989 eine entscheidende Rolle bei der Wende vom 8. Oktober in Dresden gespielt. Jetzt wurde er für seine Gesprächsbereitschaft von den Linken heftig angefeindet. Und *links* waren nun alle „Etablierten“. Mehr und mehr offenbarte sich, dass die von den Etablierten etablierte „öffentliche Meinung“ ziemlich undemokratische Folgewirkungen hat.

Beinahe hatte man schon den Eindruck, dass das politisch-korrekte Zeitungsdeutsch unmerklich in die Alltagssprache übergang. Doch nun war der Bogen überspannt. Seit dem Herbst 2014 unterstützen Zehntausende den Aufstand von Rechts, der sich unter den Fahnen von Pegida zusammenschließt. Wie soll man damit umgehen? Diese Bewegung dämonisieren als faschistische Meute? Oder so tun, als gäbe es sie nicht? Nein! Das wird beides nicht funktionieren.

Es führt kein Weg daran vorbei, sich der Wirklichkeit zu stellen. Zunächst müssen wir schauen, woher der Frust kommt, der sich auf den Straßen Luft macht. Wir müssen erkennen, dass die Einwanderungspolitik wohl eher ein Auslöser der Proteste ist, aber nicht die alleinige Ursache für die Wut vieler Menschen. Im Kern handelt es sich nicht um ausländerfeindliche Vorurteile, sondern um eine tiefe Vertrauenskrise in die Wahrhaftigkeit von Politik und Medien insgesamt. Und diese ist ernst zu nehmen – auch und gerade, weil die allgemeine Heuchelei beim Asylthema am deutlichsten zutage tritt.

Die Menschen wollen nicht zu allem fertige Antworten haben. Aber sie wollen, dass ihre Fragen ausgesprochen werden dürfen – und dass diese Fragen von Politik und Medien aufgegriffen werden. Wenn man sich umhört unter den Pegida-Anhängern, so wird man geradezu überschüttet mit Fragen: Wie integrationsfähig ist unsere Gesellschaft wirklich? Wie viele Einwanderer können unsere Sozialsysteme tragen? Was passiert, wenn mehr kommen? Wird überhaupt unterschieden zwischen denen, die wegen politischer oder religiöser Verfolgung, bzw. wegen Krieg und Vertreibung Asyl suchen – und denen, die aus anderen Gründen hierher strömen? Warum wird die Zuwanderung noch gefördert? Wem nützt es, dass die mitteleuropäischen Länder mit entwurzelten Menschen geflutet werden? Führt die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte zu einem allgemeinen Lohndumping? Was wird getan, um das Problem an seinen Ursachen anzugehen; um den in Not geratenen Menschen in ihrer Heimat eine Perspektive zu geben – bzw. zu lassen? In welchem Umfang ist die massenhafte Entwurzelung der Menschen des Südens eine direkte Folge westlicher Außen- und Wirtschaftspolitik? Ist der Westen dazu bereit, neokoloniale Wirtschaftsstrukturen auf den Prüfstand zu stellen? Sind wir alle dazu bereit, für die Ressourcen und Produkte des Südens einen angemessenen Preis zu zahlen, der den dortigen Menschen ein gutes und menschenwürdiges Leben in ihrer Heimat ermöglicht?

Und schließlich die Frage, die alle haben: Warum wurde hier eine Stimmung aufgebaut, in der man solche Fragen nicht frei diskutieren kann? Es hat den Anschein, dass die etablierten Stimmungsmacher sich diesen Fragen nicht gewachsen fühlen. Man hat den Eindruck, dass sie um jeden Preis an Denkmustern festhalten wollen, von denen sie genau wissen, dass sie mit wesentlichen Teilen der Wirklichkeit nicht kompatibel sind. Das eindimensionale politische Koordinatensystem des herrschenden Systems kennt weder oben und unten, noch hinten und vorne, sondern nur links und rechts. Und links und rechts sind in diesem Weltbild gleichbedeutend mit Gut und Böse. Einfacher geht es nicht.

Was rechts von der politischen Mitte ist, gilt als verdächtig. Alle etablierten Parteien haben sich links von der Mitte positioniert. Die Unionsparteien haben ihr konservatives Profil preisgegeben. Sogar die Grünen haben die ökologische Dimension ihrer Identität hintan gestellt, um nur noch links zu sein. Da aber die wirkliche Mitte nur ein Punkt und keine Bandbreite ist, werden nun 50 Prozent des politischen Spektrums von keiner der sogenannten „demokratischen“ Parteien mehr repräsentiert. Und es ist unserer Demokratie gar nicht gut bekommen, dass die „Demokraten“ jahrelang Stimmung gegen die Hälfte der Bevölkerung gemacht haben. Was diese Schieflage so befestigt hat, ist eine Art Volkserziehung mit all ihren übertriebenen Drohungen und albernen Sprachregelungen. Diese führen zu Denkverboten im Sinne von Selbstzensur: Man verbietet sich sogar selbst das Denken in die

„falsche“ Richtung – aus Angst vor den eigenen Gedanken. Wer aber Angst vor den eigenen Gedanken hat, der wird nie eine eigene Haltung entwickeln, geschweige denn Wertmaßstäbe für ein verantwortliches Handeln.

Besonders beklemmend ist, dass sich wieder ein Klima der Angst breit gemacht hat. Aus purer Angst davor, als „Nazi“ beschimpft zu werden, haben wir jahrelang Unwahrheiten und offenkundigen Schwachsinn einfach hingegenommen. Es blieb unwidersprochen, dass jeder, der die D-Mark wiederhaben will, so behandelt wurde wie einer, der Auschwitz wiederhaben will. Es blieb unwidersprochen, dass jeder der die biologische Tatsache der geographischen Rassenvielfalt des Menschen als ein bewahrungswürdiges Erbe betrachtet, reflexartig als „Rassist“ gebrandmarkt wurde. Es blieb unwidersprochen, dass Kritiker der parasitären Finanzwirtschaft deswegen als „Faschisten“ diffamiert wurden, weil bei den Nazis auch solche Positionen vertreten wurden. Da Politik und Medien sich in diese Art der Stimmungsmache nicht nur eingereicht, sondern ihr den Weg geebnet haben, ist es kein Wunder, dass sich das Gefühl einer Gleichschaltung der öffentlichen Meinung wieder breit macht. Und viele erinnern sich an das Ende der DDR: wenn die Sache absurd wird, dann kommt Wut auf in der Bevölkerung; dann schlägt das Pendel zurück.

Für all diejenigen, deren politisches Koordinatensystem nur aus links/rechts und gut/böse besteht, bricht nun das Kartenhaus zusammen. Sie können sich nicht vorstellen, dass der Aufstand von Rechts von ganz normalen Leuten getragen wird und die Pegida-Demos keine Aufmärsche von Hooligans und Glatzen sind. Sie können sich nicht vorstellen, dass eine antikapitalistische und USA-kritische Grundströmung fernab aller sozialistischen Ideen aufkommt. Sie können sich nicht vorstellen, dass sich der Protest gegen eine planlose Einwanderungspolitik tatsächlich als eine europäische Bewegung versteht.

Wo liegt eigentlich das Problem bei der heutigen Zuwanderungspolitik? Zunächst einmal trägt es nicht zur Akzeptanz bei, dass kaum oder gar nicht zwischen Flüchtlingen und Einwanderern unterschieden wird. Wenn sowohl von gut ausgebildeten Fachkräften als auch von notleidenden Opfern von Krieg und politischer Verfolgung gesprochen wird; so sind dies doch in aller Regel verschiedene Gruppen. Und wenn von denen, auf die keines dieser beiden Kriterien zutrifft, gar nicht gesprochen wird, so muss man sich nicht wundern, dass die Meinungsbildung dazu an den Stammtischen passiert.

Dass man Menschen in Not helfen muss, ist weitgehend unbestritten; auch bei denen, die montags mit der Pegida spazieren gehen. Dass aber gar nicht genug Migranten kommen könnten, um unsere Rentenkassen zu füllen und um andere hier anstehenden Aufgaben zu erledigen, das ist meines Erachtens eine kurzsichtige und auch zynische Position. Ja, es ist eine Haltung, die nicht weniger auf eine Ausplünderung der Menschen des Südens aus ist, als es das koloniale Denken der Vergangenheit war. Warum?

In Deutschland und in anderen europäischen Ländern wird heute unter dem Stichwort „Demographie“ vor einer Überalterung der Bevölkerung und deren wirtschaftlichen und sozialen Folgen gewarnt. Im Kern geht es darum, dass infolge von jahrelang rückläufigen Geburtenraten immer weniger jüngere Menschen die Renten für immer mehr ältere Menschen

erwirtschaften müssen. Viele Politiker meinen, nur durch eine offensive Einwanderungspolitik dieses Problem lösen zu können. Diese Auffassung resultiert aber aus einer beschränkten, provinziellen Perspektive.

Im globalen Maßstab stellt sich das „demographische Problem“ nämlich in umgekehrter Weise dar: Die begrenzten Ressourcen und der begrenzte Lebensraum unserer endlichen Erde stehen dem Einzelnen immer weniger zur Verfügung, weil die Zahl der Einzelnen rapide zunimmt. Für die meisten Länder dieser Welt geht es um Geburtenkontrolle, um Ein-Kind-Politik und ähnliches. Die entsprechenden Anstrengungen der Entwicklungs- und Schwellenländer liegen nicht allein in deren Interesse, sondern im Interesse der gesamten Menschheit, also auch der entwickelten Länder. Jede erfolgreiche Geburtenbegrenzung ist zwangsläufig mit einer vorübergehenden Überalterung der Bevölkerungspyramide verbunden. Wie sollen wir von den armen Ländern dieser Welt erwarten, einen solchen Weg einzuschlagen, wenn wir in den reichen Ländern nicht Modelle entwickeln, wie die Gesellschaft aus eigener Kraft mit einer vorübergehenden Überalterung leben kann? Wir in Mitteleuropa sollten wirtschaftlich und kulturell dazu in der Lage sein, Wege für einen zivilisierten Umgang mit einer vorübergehenden Überalterung der Gesellschaft zu bahnen, die letztlich auch für ärmere Länder gangbar sind.

Solange wir das nicht tun, sondern die Elite aus den Entwicklungsländern abziehen, um unsere Rentenkassen aufzufüllen, dann wird die Politik der Geburtenkontrolle auch dort scheitern, bzw. aufgegeben. Doch was sind die Folgen einer weiteren „Explosion“ der Weltbevölkerung? Es werden Rohstoffe und Nahrungsmittel noch schneller verknappen und zugleich wird die ohnehin schon kritische Umweltbelastung eskalieren. Darüber hinaus wird die „Populationsdichte“ der Menschen in manchen Regionen ein Maß erreichen, das dann nur noch mit Domestikationsbedingungen verglichen werden kann. Es werden sich dann noch mehr Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat genötigt sehen.

Die massenhafte Migration ganzer Bevölkerungsgruppen über Tausende Kilometer stellt nicht nur die Einwanderungsländer vor außergewöhnliche Herausforderungen. Auch die Auswanderungsländer verlieren oft zu einem überproportionalen Anteil die Leistungsträger ihrer Gesellschaften. (Welche Langzeitfolgen eine asymmetrische Abwanderung hat, kann man ja bis heute auch in den Regionen spüren, die früher DDR waren.) In besonderer Weise führt eine Distanzmigration aber bei den Betroffenen selbst, und oft auch noch bei ihren Kindern, zu Entwurzelung und Entfremdung.

Es ist offenbar eine durchaus menschliche Eigenschaft, dass Menschen einer „Population“, d. h. eines Volkes, meist das Bedürfnis haben, sowohl in ihrer angestammten Heimat, als auch unter ihresgleichen zu leben. Der italienische Genetiker Luca Cavalli-Sforza¹ meint: „Wir müssen die Demut haben einzuräumen, daß wir jenen Grad an gesellschaftlicher Reife, der eine unbegrenzte Einwanderung gestatten würde, noch nicht erreicht haben und daß wir bei ungehindertem, ja gefördertem Zufluß von Einwanderern aus den ärmsten Ländern der Welt und vielleicht auch aus anderen europäischen Ländern diese auf törichte und kriminelle Weise

¹ Cavalli-Sforza, Luca und Francesco (1996): Verschieden und doch gleich. Ein Genetiker entzieht dem Rassismus die Grundlage. Droemersch Verlagsgesellschaft Th. Knaur Nachf., München. 445 S.

großen Gefahren aussetzen, sogar in Lebensgefahr bringen, ohne daß wir imstande wären, ihnen irgendwelche Garantien zu geben. Die deutschen Gesetze, die vielen Fremden Einwanderung und Asyl ermöglicht haben, sind nach dem Krieg formuliert worden, zu einer Zeit also, da es notwendig erschien, starke Schuldgefühle dadurch zu dämpfen, daß man Entscheidungen traf, die die Hoffnung auf eine politisch bessere Zukunft nähren sollten. Sie waren offensichtlich wenig realistisch, weil sie die Wirklichkeit der menschlichen Natur nicht ausreichend berücksichtigten, die nicht unbedingt rational, altruistisch und weitblickend ist.“

Nun ist die „Wirklichkeit der menschlichen Natur“ gewiss nicht mit der Brutalität rassistischer Gewalttaten identisch, aber Fremdenangst als solche ist vielleicht auch nicht generell irrational. Neben der Sprachenvielfalt scheinen in der Natur des Menschen einige Neigungen angelegt zu sein, die einer Entkoppelung zwischen seiner genetischen Konstitution und seiner regionalen Lebensumwelt entgegenwirken. Hierzu zählt gewiss die Neigung, in seiner angestammten Heimat und unter seinesgleichen zu leben. Ob man eine komplette Nivellierung dieser Veranlagung als „gesellschaftliche Reife“ bezeichnen kann, erscheint mir eher zweifelhaft.

Cavalli-Sforza weist selbst darauf hin, „daß für diejenigen, die aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft stammen, die dauerhafte Emigration nicht unbedingt die beste Lösung ist und daß es für beide Seiten sehr wünschenswert wäre, wenn der Immigrant nach einer vielleicht auch längeren Arbeitsperiode in seinem Gastland wieder in sein Ursprungsland zurückkehrt, insbesondere dann, wenn man ihm zwei Vorteile anbietet: Der Fremde erhält in der Zeit, die er im Ausland verbringt, die Möglichkeit, in Teilzeit einen Beruf zu erlernen, der ihm nach der Rückkehr in seine Heimat von Nutzen sein wird, und das Gastland hilft, seine Rückkehr vorzubereiten, indem es im Ursprungsland entsprechende Initiativen finanziert.“ Hierin liegt vielleicht ein vielversprechender Ansatz – der bei einer konsequenten Betrachtung allerdings für die Fremden in Afrika, Amerika, Asien und Australien ebenso zutrifft, wie für die Fremden in Europa.

Die Menschheit ist so vielfältig wie unsere Erde vielfältig ist, die wir bewohnen – und das ist gut so. Man kann kein globales Einheitsklima und keine weltweit nivellierte Einheitsnatur schaffen. Deswegen sollten wir endlich aufhören von einem vollendet globalisierten Einheitsmenschen zu träumen. Das wäre eine Entwurzelung und ein Identitätsverlust für alle. Und wohin es führt, wenn die kulturell Entwurzelten die vor Ort gewachsenen Kulturen verdrängen und dann ohne ein regionales kulturelles Fundament zu haben, ihre Türme bis in den Himmel bauen – das kann man sich in Nordamerika, Australien, Südamerika und in Südafrika ansehen. Schließlich war es auch nicht zu übersehen, dass viele der Pegida-Demonstranten in einer *Islamisierung des Abendlandes* das geringere (und weniger akute) Problem sehen, gegenüber dem Problem einer *Amerikanisierung Europas*.

Schließlich muss jede Asylpolitik daran gemessen werden, ob sie auch an den Wurzeln der Migrationsursachen ansetzt. Wir sollten uns dafür einsetzen, dass die Menschen in ihrer Herkunftsregion eine Perspektive haben. Die heutige Entwicklungshilfe läuft leider oft in den Bahnen der alten Kolonialpolitik, die vor allem darauf aus war, Absatzgebiete für die Industrieprodukte der eigenen Länder zu schaffen. Und die Überschwemmung der Länder des

Südens mit westlichen Industrieprodukten führt die betroffenen Länder nicht nur in Abhängigkeitsverhältnisse, sondern sie weckt bei den dortigen Menschen auch westliche Bedürfnisse. So kommt es vielerorts zum ersten Schritt der Flucht; nämlich zur Flucht vom Land in die Stadt. Die dann völlig von Fremdversorgung abhängigen Stadtmenschen sehen sich nach einiger Zeit zum zweiten Schritt der Flucht genötigt; nämlich zur Flucht in die großen Städte der westlichen Länder des Nordens. Dort ist die Fremdversorgung der Stadtmenschen auf einem höheren Niveau organisiert – und ihre Krisenanfälligkeit besser kaschiert.

Eine vom egoistischen Kolonialinteresse befreite Entwicklungshilfe darf nicht Verstädterung und Entwurzelung fördern, sondern sie muss zuallererst regional angepasste kleinbäuerliche (und ggf. auch nomadische) Wirtschaftsformen unterstützen, die den Menschen ein ausreichendes Auskommen und ein naturverbundenes Leben in ihrer Heimat sichern. Jeder Mensch und jedes Volk hat Anspruch auf eine Zukunft in seiner eigenen angestammten Region. Weil der gegenwärtige Migrantenansturm auf Europa auch ein Echo auf die europäische Kolonialgeschichte ist, hat Europa hier eine besondere Verantwortung.

Vielleicht führt ja hierzulande die absehbare Enge in den Städten dazu, dass wieder mehr junge und kreative Menschen aufs Land gehen und sich dort ein Stück Erde bebauen, das ihre eigene Selbstversorgungsfähigkeit sichert? Vielleicht führt der Zwang zu einer Wiederbelebung unserer Dörfer auch dazu, dass die Bodensperre² aufgehoben wird und jeder Familie, die das wünscht, ein bis zwei Hektar Landfläche zur Verfügung gestellt werden? Vielleicht kommt es ja zu einer neuen kleinbäuerlichen Siedlerbewegung, die mit einer parallelen Bewegung in den Ländern des Südens kooperiert? Vielleicht führt das Motto „Bleibe auf dem Land und wehre Dich täglich!“ zu einer Ermutigung der Landleute hier wie dort? Und wer auf dem Land bleibt, der bleibt auch im Land.

Was für die regionale Identität der verschiedenen Bevölkerungsgruppen gilt, gilt selbstverständlich auch für ihre religiöse Identität. Religiöse Entwurzelung desintegriert soziale Beziehungen und bewirkt Haltlosigkeit. Menschen, die eine Vorgeschichte haben – und solche kommen zu uns – können sich nur in die Zusammenhänge der eigenen religiösen und kulturellen Tradition integrieren. Insoweit wäre es wichtig, dass Einwanderer aus islamischen Ländern auch hier ihre Glaubensgemeinschaften aufbauen. Aber Multi-Kulti wird nicht als eine Vermischung der Religionen funktionieren. Wenn die christliche und die islamische Glaubenswelt doch irgendwann eine gemeinsame Perspektive finden soll, dann gewiss nicht auf dem Wege einer beiderseitigen Verweltlichung.

Der islamische Religionsphilosoph Seyyed Hossein Nasr³ legt großen Wert auf die Feststellung, dass „[...] jede Religion die Abspiegelung einer eigenen archetypischen Realität

² Als „Bodensperre“ wird die Tatsache bezeichnet, dass seit 1991 durch das Zusammenwirken von flächenbezogenen Subventionen und langfristigen Pachtbindungen potenzielle Neueinsteiger kein Land mehr bekommen, bäuerliche Unternehmensgründungen blockiert sind und es zu einer eigentumsrechtlichen Amputation der alten Bauernhöfe von ihren landwirtschaftlichen Nutzflächen kommt.

³ Nasr, Seyyed Hossein (1990): Die Erkenntnis und das Heilige. Eugen Diederichs Verlag, München (Originalausgabe „Knowledge & the Sacred“, New York 1981). 438 S.

ist.“ Dennoch macht Nasr darauf aufmerksam, dass es auch etwas noch Höherstehendes gibt: „Man könnte sagen, daß das totale religiöse Verständnis und die vollkommene Harmonie und Einheit der Religionen [...] nur in der göttlichen Stratosphäre, nicht in der menschlichen Atmosphäre zu finden sind.“ Nasr meint, wenn man an die „Weisheitstradition“ anknüpft, die „sich mit einem anderen religiösen Universum auseinandersetze, wie es etwa bei einem Nikolaus von Kues, einem Jalal al-Din Rumi und natürlich in der indischen Welt bei den zahlreichen Sufis der Fall ist [...]“, dann kann man weiter kommen als die „meisten modernen vergleichenden Religionswissenschaftler“. Es komme darauf an, dass „eine von der Empfindung des Heiligen durchdrungene Intelligenz sich dem Vorhandensein anderer Welten heiliger Form“ annähert. „Damit wird der Boden für den Wiederaufgang der Sonne bereitet, der nach den Eschatologien verschiedener Traditionen einschließlich des Islams die Entschleierung der inneren Bedeutung aller heiligen Formen und ihrer inneren Einheit und die Realisierung der religiösen Einheit der Menschheit bringen wird.“

Doch bis dahin dürfte noch viel Wasser die Elbe heruntergeflossen sein. Heute geht es darum, wie wir miteinander umgehen – und wie wir mit der Pegida-Bewegung umgehen. Zunächst müssen wir deren Themen aufgreifen und unverkrampft darüber sprechen. Man löst keine Probleme, über die man nicht spricht. Und da stehen aus meiner Sicht folgende Fragen an: Wer repräsentiert die Menschen, die nicht mehr wählen gehen? Was können wir dafür tun, dass die potenziellen Migranten in ihren Heimatländern eine attraktive Perspektive finden und dort bleiben können, wo sie ihre Wurzeln haben? Was können wir dafür tun, dass möglichst viele der hier lebenden Migranten nicht nur nach unseren Bedürfnissen ausgebildet werden, sondern auch so, dass sie bei einer Rückkehr in ihre Ursprungsländer damit etwas zum Wohle ihrer Heimat tun können?

Wir müssen uns allerdings darüber im Klaren sein, dass die Aushöhlung des öffentlichen Denkens und Tuns heute nicht allein die Frage der Zuwanderung betrifft. Auch in weiten Teilen der Wirtschaftspolitik und der Wissenschaften wird nur noch eine systemkonforme Sprache gesprochen und die Grundannahmen des etablierten Systems werden auch dann nicht mehr hinterfragt, wenn der Bruch zwischen Theorie und Wirklichkeit ans Licht kommt. Wer es doch tut, der wird einfach ausgegrenzt. Wenn wir die Vertrauenskrise überwinden wollen, die zwischen weiten Teilen der Bevölkerung auf der einen Seite und den sogenannten „Etablierten“ in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien auf der anderen Seite entstanden ist, dann lässt sich hier nichts „aussitzen“. Wir brauchen das tabufreie öffentliche Gespräch über all diese Fragen – und dies auch mit den Migranten. Auch mit den Menschen, die sie in ihren Herkunftsländern zurückgelassen haben, mit den potenziellen Migranten, sollten wir einen Gesprächsfaden finden. Vielleicht sollten wir ihnen auch unsere Geschichte von 1989 erzählen; vielleicht gerade die besondere Dresdner Geschichte vom 8. Oktober 1989:

Auch wir waren eine Gesellschaft auf der Flucht. Auch 1989 waren die aus Prag kommenden Züge mit Flüchtlingen überfüllt – damals mit Leuten von uns. Und viele wollten aufspringen auf diese vollen Flüchtlingszüge, die in den Westen führen. Die Verhältnisse hier waren unerträglich. Doch das Blatt wendete sich in jenem Moment, als diejenigen, die „Wir wollen raus!“ riefen, übertönt wurden von einer viel größeren Masse der Demonstranten, die

plötzlich rief: „Wir bleiben hier! Wir bleiben hier!“ Das war die eigentliche Wende; der Schlüsselmoment für die Eröffnung einer neuen Perspektive hier, für ein menschenwürdiges Leben in unserer angestammten Heimat. Nicht die Flucht, sondern die Entschlossenheit zum Dableiben zwang letztlich die Despoten zum Rückzug.

Wenn wir dieses offene Gespräch führen wollen, müssen wir uns gegenseitig verstehen. Und dazu brauchen wir nicht zuletzt eine gut lesbare Chronik der Pegida-Bewegung. Eine, die authentisch ist, die von jemandem kommt, der dabei war, der aber weder ihr Organisator war, noch die von den Linken erwartete Empörung bedient. Am geeignetsten wäre hierfür wohl jemand, der sich im Erwachsenenalter nach reiflicher Überlegung in die Traditionslinie des Islam hineingestellt, und nun den Aufbruch der „Patriotischen Europäer gegen eine *Islamisierung* des Abendlandes“ mit großer Anteilnahme begleitet hat. Es gibt so jemanden tatsächlich: Er heißt Sebastian Hennig und er ist der Autor dieses Buches. Was er hier schreibt, ist die Chronik des bisherigen Weges der Pegida-Bewegung. Sie ist informativ und erhellend, bewegend und spannend. Wenn wir die vielen besorgten Menschen, die die sie bedrängenden Fragen auf die Dresdner und Leipziger Straßen getragen haben, ernst nehmen und mit ihnen ins Gespräch kommen wollen, dann müssen wir die Geschichte der Pegida kennen und verstehen. Und hierzu kann ich dieses Buch von Sebastian Hennig bestens empfehlen.

Michael Bealeites